



Vertragsbedingungen „Rahmenvertrag RFID-Karten“

Bücherhallen Hamburg

VergabeNr. #26-052

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurückgeben)

Inhaltsverzeichnis

1.	Vertragsgegenstand	1
2.	Lieferung und Erfüllungsort	1
3.	Vergütung und Preise	1
4.	Preisanpassungen	2
5.	Laufzeit	2
6.	Datenschutz	2
7.	Verpflichtungs- und Haftungsausschluss	2
8.	Kommunikation	3
9.	Vertragsbestandteile	3
10.	Sonstige Bestimmungen und salvatorische Klausel	3

1. Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer¹ (**AN**) übernimmt die Belieferung der Bücherhallen (Auftraggeberin/**AG**) mit RFID-Karten. Einzelheiten ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung sowie deren Anlagen, die Vertragsbestandteil werden.
- (2) Das Auftragsvolumen kann aufgrund von Veränderungen in der Haushaltslage und inhaltlichen Verschiebungen bei der Verteilung des Medienetats über- oder unterschritten werden. Aus dem Auftrag leitet sich kein Anspruch auf ein bestimmtes Mindestauftragsvolumen pro Jahr ab. Schwankungen sind möglich.

2. Lieferung und Erfüllungsort

- (1) Lieferturnus: Nach Abruf ca. 1x im Jahr.
- (2) Erfüllungsort/Lieferadresse: Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen, IT-Abteilung, Hühnerposten 1, 20097 Hamburg

3. Vergütung und Preise

- (1) Die Vergütung erfolgt auf der Grundlage des beauftragten Angebots des AN im Vergabeverfahren. Zusätzliche Kosten und Preiserhöhungen sind mit Ausnahme der Veränderungen nach Abschnitt „4. Preisanpassungen“ ausgeschlossen.
- (2) Die Vergütung wird nach Vorlage einer ordnungsgemäßen Rechnung (unter Angabe der Bankverbindung) fällig. Die Rechnungsadresse lautet:
Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen, Hühnerposten 1, 20097 Hamburg
Die AG bevorzugt digitale Rechnungen per E-Mail an itundorganisation@buecherhallen.de
- (3) Mit der Zahlung der genannten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN gegen die AG aus diesem Vertrag abgegolten, wenn der AN nicht binnen zwei Wochen nach Eingang der Vergütung einen Vorbehalt erklärt. Im Weiteren gelten die Regelungen des § 17 VOL/B.

¹wir beziehen uns in diesem Text auf „das Unternehmen“ als Anbieter bzw. Auftragnehmer, so dass männliche/sächliche Substantive verwendet werden und auf gegenderte Formulierungen verzichtet werden kann.

4. Preisanpassungen

- (1) Die festgelegten Preise für Dienstleistungen können erhöht werden, wenn nicht vorhergesehene Umstände im Bereich der AG eintreten, die den im Rahmen der Auftragsvergabe zu vermuteten Bearbeitungsaufwand erheblich ausweiten (im Rahmen von § 132 GWB). Das gleiche gilt für die Abrechnung von zusätzlichen Kosten.
- (2) Der AN ist verpflichtet, auf die Ausweitung des Bearbeitungsaufwandes rechtzeitig hinzuweisen und darzulegen, aus welchen Gründen ein erhöhter Bearbeitungsaufwand erforderlich ist.
- (3) Nach Ablauf von jeweils 12 Monaten kann der AN von der AG eine Anpassung der Preise verlangen, wenn die für die Leistungserbringung des AN maßgeblichen Kosten für die benötigten RFID-Chips unmittelbar aufgrund hoher globaler Nachfrage und Lieferengpässen um mind. 15 Prozent steigen.
- (4) Bei der Geltendmachung der Preisanpassung hat der AN im Einzelnen die Grundlagen des Änderungsverlangens darzulegen, die Kostensteigerung anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen und der AG unverzüglich in Textform (E-Mail) mitzuteilen.
- (5) Der AN garantiert die Einhaltung des anwendbaren Mindestlohns. Der AN stellt die AG von einer evtl. Haftung auf den gesetzlichen bzw. tariflichen Mindestlohn entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen frei.

5. Laufzeit

- (1) Der Auftrag beginnt mit Zuschlag und endet am 31.12.2029.
- (2) Der Vertrag kann von jeder Partei nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Parteien die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 323 Abs. 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist.

6. Datenschutz

Der AN hält sich bei seiner Geschäftstätigkeit an die gesetzlichen Anforderungen des europäischen und deutschen Datenschutzrechts. Auch die zur Sicherung und zum Schutz von personenbezogenen Daten und von Sozialdaten ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sind nach den gesetzlichen Anforderungen geregelt. Zudem werden mögliche branchenspezifischen Richtlinien zum Datenschutz verbindlich eingehalten.

7. Verpflichtungs- und Haftungsausschluss

- (1) Die AG darf Dritten gegenüber nicht verpflichtet werden.
- (2) Die AG haftet für Schäden, die der AN in Zusammenhang mit der Leistungserbringung erleidet, nur, wenn diese Schäden auf grob fahrlässigem bzw. vorsätzlichem Verhalten der AG beruhen. Bei einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Die Vertragsparteien haften nicht für Schäden, die darauf beruhen, dass ihnen die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten unmöglich oder verzögert wird, wenn die Situation
 1. außerhalb der angemessenen Kontrolle beider Vertragsparteien liegt,
 2. die Erfüllung des Vertrages unzumutbar macht und
 3. vernünftigerweise nicht vorhersehbar oder nicht vermeidbar war (höhere Gewalt).

Dieser Haftungsausschluss betrifft nicht die Unmöglichkeit oder Verzögerung der Leistungserbringung, die auf allgemeinen wirtschaftlichen Situationen oder anderen individuellen Umständen beruht.

8. Kommunikation

- (1) Die gesamte mündliche und schriftliche Kommunikation ist in deutscher Sprache zu führen.
- (2) Der AN bestellt eine oder mehrere Ansprechpersonen für Anliegen aus den einzelnen Teilbereichen (Probleme bei Rechnungsstellung, Belieferung), d.h. reaktive Kundenbetreuung über allgemeinen Support hinaus, per E-Mail und telefonisch in deutscher Sprache, verfügbar Mo-Fr von 9-17 Uhr.

9. Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten

1. dieses Dokument
2. die Leistungsbeschreibung der AG mit allen darin genannten Anlagen
3. das Angebot des AN (soweit es nicht diesen Vertragsbedingungen oder der Leistungsbeschreibung widerspricht)
4. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung (steht unter <http://www.bmwi.de> zur Einsichtnahme bereit)

10. Sonstige Bestimmungen und salvatorische Klausel

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) in der jeweils geltenden Fassung. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er von der AG nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister (Transparenzportal) veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (2) Anderweitige Bedingungen wie Liefer-, Zahlungs- und Geschäftsbedingungen des AN werden nur dann Vertragsbestandteil, soweit sie diesen Bedingungen nicht widersprechen (Abwehrklausel).
- (3) Die Abtretung einer Forderung an Dritte aus diesem Vertrag an Dritte ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur nach vorheriger Zustimmung im Ausnahmefall möglich.
- (4) Stillschweigende, mündliche oder schriftliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel.
- (5) Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Gerichtstand ist Hamburg.
- (6) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien werden anstelle einer unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung treffen. Entsprechendes gilt für etwaige Regelungslücken des Vertrages.

Nach oben

- Ende -